

16. April 2021

Appell der Plattform–Schweiz–Europa (P-S-E)

bestehend aus den Organisationen « Gesellschaft zur Förderung der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit », « Neue europäische Bewegung Schweiz », « Operation Libero », « Progresuisse », « Schweizerische Gesellschaft für Aussenpolitik », « Schweiz in Europa », « Unser Recht »

an

Bundesrat und Parlament, den Souverän nicht zu übergehen

Die Schweiz steht an einem Scheideweg ihrer künftigen Beziehungen zur EU. P-S-E ruft den Bundesrat auf, das Rahmenabkommen mit der EU zu unterzeichnen. Es wäre unserer Demokratie unwürdig, wenn das Schicksal dieses höchst bedeutungsvollen Abkommens am Souverän vorbei entschieden würde. Das Parlament soll über dessen Vor- und Nachteile beraten können und dem Souverän die Möglichkeit gegeben werden, sich in einer Abstimmung dazu zu äussern.

P-S-E begrüsst, dass der Bundesrat den Dialog mit der EU-Kommission auf die politische Ebene hebt. Doch selbst wenn der Bundesrat nicht alle gewünschten Konzessionen der EU erhält, sollte er das umfassende Rahmenabkommen unterzeichnen und die Beziehungen der Schweiz zu seinem wichtigsten politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Partner nicht aufs Spiel setzen.

Das Rahmenabkommen bietet eine einmalige Gelegenheit, das Verhältnis der Schweiz zur EU im beidseitigen Interesse zu ordnen und die Zeit der Unsicherheit zu überwinden. Die Schweiz kann dank dem Rahmenabkommen privilegiert am Binnenmarkt teilnehmen und den bilateralen Weg weiterführen. Gleichwertige Alternativen zum Rahmenabkommen sucht man vergebens.

Das Rahmenabkommen:

- sichert den privilegierten Marktzugang zum grössten Binnenmarkt der Welt dank der Festigung und Konsolidierung des bewährten bilateralen Wegs
- räumt der Schweiz neu ein Mitgestaltungsrecht bei der Weiterentwicklung der fünf Binnenmarktabkommen ein
- Beschränkt die Zuständigkeit des Europäischen Gerichtshofes auf die Auslegung des von der Schweiz übernommenem EU-Rechts
- verankert vertraglich einen Streitbeilegungsmechanismus, der einseitig dekretierten Ausgleichsmassnahmen den Riegel vorschiebt

- respektiert die direktdemokratischen Entscheidungsprozesse der Schweiz
- belässt der Schweiz ihren Autonomiespielraum und das Recht, mit Drittstaaten weiterhin Verträge abzuschliessen ("Treaty Making Power»)
- festigt die Standortattraktivität und den Forschungsplatz „Schweiz“
- gibt den Grenzregionen Rechtsicherheit
- eröffnet Perspektiven für unsere Jugend
- vermeidet eine Wiederholung der zehnjährigen Stagnationsphase der 90er Jahre nach der Ablehnung des EWR-Abkommens.

Wir sind ernüchert über:

- die bisherige passive Haltung des Bundesrats und das mangelnde Verantwortungsgefühl von Präsidentinnen und Präsidenten der Regierungsparteien, die eine Auseinandersetzung über das Rahmenabkommen und eine Volksabstimmung aus wahltaktischen Überlegungen fürchten
- den Umstand, dass die Chancen des neuen Streitbeilegungsverfahrens des Rahmenabkommens für die Lösung der umstrittenen Fragen nicht berücksichtigt werden
- die Überschätzung der angeblichen Selbstbestimmung und Unabhängigkeit der Schweiz, die meist im autonomen Nachvollzug endet
- das Kleinreden der Folgen des Abseitsstehens der Schweiz
- die selbstgerechte Beurteilung des Wirkens der EU zugunsten eines geeinten Europas, wo die Schweiz durch Abwesenheit glänzt

Den Gegnern des Rahmenabkommens stellen wir die Frage, ob sie bereit sind, die Verantwortung für angespannte Beziehungen zur EU und für die Erschwerung des Zugangs zum EU-Binnenmarkt für Schweizer Exporte und die damit entstehenden Verluste von Arbeitsplätzen in den kommenden Jahren, zu übernehmen.

Erst mit der Unterzeichnung des Rahmenabkommens kann der breite Meinungsbildungsprozess stattfinden. Wir sind bereit, uns an diesem Prozess zu beteiligen und Aufklärungsarbeit zu leisten.

Jean-Daniel Gerber
Präsident P-S-E



Anfragen können an den Präsidenten der P-S-E Jean-Daniel Gerber (jean-daniel.gerber@p-s-e.ch) oder an das Sekretariat (jelena.apelt@p-s-e.ch oder +41 (0) 79 910 69 18) gerichtet werden.